

Halbherziges Ja zur Innovation

Das Zürcher Parlament will Innovation – ohne Kosten. Von Andreas Schürer

Glaube an eine prosperierende Zukunft hört sich anders an. In der Debatte über den Innovationspark auf dem Flugplatzareal in Dübendorf haben Zürcher Kantonsräte am Montag wiederholt betont, dass die Schweiz bezüglich Erfindergeists und Wohlstands eine Spitzenposition einnehme – und diese mit harter Arbeit verteidigt werden müsse. In den Abstimmungen beherzigte das Kantonsparlament diese Selbstverständlichkeit danach aber nicht konsequent. Dem Innovationspark-Projekt, das Forschung und Firmen räumlich vernetzen soll, sprach es nach rund fünfständiger Debatte zwar die Unterstützung aus – richtigerweise. Das Generationenprojekt ist ein wichtiger Mosaikstein, um den Standort weiterzuentwickeln, auch wenn es der Schweiz nicht alleine eine segensreiche Zukunft garantiert. Irritierend ist dagegen, dass sich die Zürcher Politik in Bezug auf die weitere aviatische Nutzung des Flugplatzes weiterhin der Realität verweigert.

Die Piste in Dübendorf ist im Sachplan Militär aktiv und wird von der Luftwaffe betrieben, der Bundesrat will dort einen Standort für Geschäfts- und Privatfliegerei etablieren. Trotzdem lehnen es Regierung und Kantonsrat ab, die Piste in der Richtplan-Karte einzutragen. Das ist, freundlich gesagt, innovativ, weniger empathisch ausgedrückt gleich es dem Aufbau einer Traumwelt in fast schon griechischem Ausmass. Die Rolle des Bösewichts, der die Erdung herbeiführen muss, ist dem Bund zugedacht: Dieser wird den vorliegenden Richtplan so sicher nicht genehmigen.

Nun mag man wie die FDP einwenden, Innovationspark und Fliegerei seien zwei separate Geschäfte, die nicht vermischt werden sollten, um Verzögerungen zu vermeiden. Taktisch ist das nachvollziehbar, das Signal ist aber fatal. Zürich erscheint gesättigt, wachstumsmüde – also genau als das Gegenteil von dem, was mit dem Innovationspark angestrebt werden soll. Sowohl Regierung als auch Parlament wissen, dass die für die Volkswirtschaft zunehmend wichtige Geschäftsfliegerei am Flughafen Zürich wegen Kapazitätsproblemen verdrängt wird – der Prozess ist in vollem Gange. Trotzdem fehlt es am Bekenntnis dazu, in Dübendorf einen Ersatzstandort aufzubauen. Dabei wirkt es wenig überzeugend, Aufbruchsstimmung und Zukunftsglauben zu beschwören und gleichzeitig eine wichtige Form der Mobilität zu bekämpfen, weil die Ruhe möglichst ungestört sein soll.

Tsipras, der Zauberlehrling

Mit der Referendums-Ankündigung schiebt der Regierungschef die unvermeidliche innenpolitische Zerreihsprobe auf. Seine Manöver haben aber keine Perspektive. Von Ivo Mijnsen

Eines muss man Alexis Tsipras lassen: Für Überraschungen ist der Mann immer gut. Seine Ankündigung von Freitagnacht, ein Referendum über eine Einigung mit den internationalen Geldgebern durchzuführen, kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Nicht nur die Vertreter der Euro-Gruppe, sondern auch die griechischen Unterhändler in Brüssel erfuhren davon aus den Medien. Sollte sich Tsipras durch eine Referendumsdrohung weitere Zugeständnisse der «Institutionen» erhofft haben, hat er sich jedenfalls verkalkuliert. Deren Vertreter brachen die Verhandlungen entnervt ab – zumindest vorläufig.

Verteufelung statt Klarheit

Dabei ist es nicht die Volksabstimmung an und für sich, die misstrauisch macht. Sie wäre zu begrüssen, wenn sie Klarheit über die Zukunft des krisengeschüttelten Landes und Handlungsspielraum für die Regierung schüfe. Schliesslich wird auch das Volk die Kosten eines Austritts aus der Währungsunion oder einer mit schmerzhaften Sparmassnahmen verbundenen Einigung tragen. Die Idee eines Referendums schwirrt deshalb seit Monaten und Jahren durch die politische Landschaft Griechenlands. Unklar blieb aber stets, worüber genau entschieden werden sollte und ob die griechische Verfassung ein solches Referendum erlaubt. Tsipras liefert dazu keine Antworten. Organisatorische und finanzielle Probleme setzen weitere grosse Fragezeichen hinter das Unternehmen.

Doch Tsipras geht es nicht darum, Klarheit zu schaffen. Vielmehr ist die Ankündigung ein Zeichen seines politischen Opportunismus. In seiner nächtlichen Rede erklärte er, bei dem Referendum gehe es darum, die demokratische Tradition sowie die Souveränität und Würde Griechenlands gegen den Autoritarismus der Geldgeber zu verteidigen. Unerwähnt liess er, wie nahe sich die «Institutionen» und die griechischen Unterhändler bei den Verhandlungen gekommen waren. Statt endlich hinzustehen und die Griechen über die Vor- und Nachteile einer Einigung oder einer drohenden Staatspleite aufzuklären, wählte er die polemische Vereinfachung und die Verteufelung der Geldgeber.

Seine linksnationalistische Rhetorik kommt in Griechenland bei der Mehrheit der Abgeordneten ganz offensichtlich an. Tsipras hat die Risse in der Syriza-Anel-Koalition gekittet, die letzte Woche auftraten. Nachdem die Vorschläge der griechischen Regierung durchgesickert waren, ergoss sich

ein wahrer Sturm der Entrüstung über den Ministerpräsidenten. Dabei protestierten die Rechten gegen Mehrwertsteuererhöhungen für die griechischen Inseln und Kürzungen beim Militär, während der linke Syriza-Flügel jegliche Konzession bei den Renten ablehnte und einen Schuldenschnitt forderte.

Tsipras hat sich dieser Zerreihsprobe entzogen. Zudem konnte er sich mit der faschistischen Partei Goldene Morgenröte, die ebenfalls für das Referendum stimmte, einen weiteren möglichen Partner ins Boot holen. Dass Syriza ihre Selbstlegitimation massgeblich daraus bezieht, eine Machtübernahme der Rechtsradikalen abzuwenden, spielt in diesem politischen Spiel offensichtlich keine Rolle mehr. Tsipras will sein politisches Überleben ohne Rücksicht auf Verluste sichern und verhindern, als Verräter an linken Idealen zu gelten – etwa durch ein Zusammengehen mit reformorientierten und proeuropäischen Mitteparteien. Eine Einigung, die Tsipras mit der Unterstützung der Opposition, aber ohne Mehrheit in der eigenen Koalition hätte durchsetzen müssen, ist ihm ein Albtraum. Eine linkspopulistisch-fremdenfeindliche Regierungsmehrheit bietet Griechenland jedoch garantiert keine konstruktiven Lösungen, sondern lediglich Stillstand und reaktionäre Politik.

Die Gefahren eines Referendums

Den Griechen hat Alexis Tsipras mit der Ankündigung eines Referendums jedenfalls einen Bärendienst erwiesen. Ob es rechtmässig durchgeführt werden kann, ist dabei so zweifelhaft wie die Frage, ob es überhaupt noch relevant ist. Die Griechen scheinen dies besser zu wissen als ihr erratischer Regierungschef: Seit der Ankündigung kam es zu Hamsterkäufen und einem Sturm auf die Banken. In dieser unsicheren Situation brauchte das Land einen Regierungschef, der klar einen gangbaren Weg vorgibt und Verantwortung übernimmt, statt mit unausgegorenen Ideen zu provozieren. Tsipras sollte dies eigentlich selbst am besten wissen: Als der damalige sozialistische Regierungschef Giorgos Papandreu 2011 unter dem Druck des Volkszorns ein Referendum ankündigte, musste er dieses nach massiver Kritik wieder absagen und zurücktreten. Tsipras sagte damals, ein solches Referendum sei lediglich «Hokuspokus» einer Regierung, die Zeit gewinnen wolle. Ob ihn seine eigenen Zauberkünste weiter tragen als seinen glücklosen Vorgänger, zeigt sich bald.

Dynamik in der Spital-Branche

Der Druck im Spitalbereich wächst. Der Bund muss mitziehen. Von Daniel Gerny

Seit die beiden Basel zur Frage einer Wiedervereinigung unterschiedlich abgestimmt haben, ist die politische Zusammenarbeit in der Region schwieriger geworden. Es ist deshalb bemerkenswert, dass die Basler Regierungen den Zusammenschluss des Universitätsspitals Basel-Stadt und des Kantonsospitals Basel-Landschaft gerade jetzt vorantreiben. Das zeigt, dass der Wettbewerb im Gesundheitswesen anzieht. Nur wer über gesunde Strukturen verfügt, hat Zukunft. In Baselland ist dies nicht mehr der Fall: Die Patientenzahlen gehen zurück, die Zahlen werden rot. Eine schlanke und effiziente Spital-Landschaft ist der einzige Weg, damit medizinische Qualität bezahlbar bleibt.

Genau dies hatte der Gesetzgeber vor, als er vor einigen Jahren die neue Spitalfinanzierung einführte und den Wettbewerb stärkte. Basel ist dabei in Sachen Spital-Fusion kein Vorreiter: Die Spitäler in der Region Bern schliessen sich schon 2016 zu einem integrierten System an sechs Standorten innerhalb einer einzigen Aktiengesellschaft zusammen. Auch dort gehen Kliniken unterschiedlicher Kategorien eine Allianz ein. Die Argumente für diese Fusion sind dieselben wie in der Nordwestschweiz: Ein flächendeckendes, möglichst breites Angebot, wie es früher zum Selbstverständnis jeder Region gehörte, ist nicht mehr zeitgemäss und zu teuer. Auch in Zürich wird diese Diskussion geführt – wenngleich der Mut für den grossen Wurf nach Berner und Basler Vorlage hier noch fehlt. Vorerst arbeiten das Universitätsspital und das Triemli nur in der Herzchirurgie zusammen.

Doch der Trend hin zu grösseren Spitalern mit klar definierten Aufgaben geht weiter. Der Druck auf die Akteure im Gesundheitswesen nimmt zu. Es ist deshalb notwendig, dass sich auch die Gesetzgebung des Bundes weiterentwickelt. Das Krankenversicherungsgesetz enthält noch immer Fehlansätze, die die Effizienz hemmen: So befinden sich die Kantone in einer Mehrfachrolle als Leistungserbringer, Kostenträger und Regulator – und damit in Interessenkonflikten zum Nachteil der privaten und der ausserkantonalen Konkurrenz. Ambulante und stationäre Leistungen werden unterschiedlich abgerechnet, was zu Verzerrungen führt und die Wahl der Therapieform beeinflusst. Auch die Spitalplanung mithilfe kantonaler Spitalisten muss unter die Lupe genommen werden. Bei aller Bewegung in den Kantonen: Es sind die Rahmenbedingungen des Bundes, die den Takt vorgeben.

GASTKOMMENTAR

Europäische Währungsunion: Was niemand hören will

Wäre ein Grexit gut oder schlecht? Sowohl die Argumente für als auch diejenigen gegen den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone sind nachvollziehbar. Das Problem ist nur, dass die Frage falsch gestellt beziehungsweise viel zu eng gefasst ist. Von Lukas Hohl und Rolf Weder

Über die Frage um Griechenlands Austritt aus der Europäischen Währungsunion (EWU) wird auf sämtlichen Kanälen heiss diskutiert. Für viele ist aber klar: Ein Ausscheiden der Helenen aus dem gemeinsamen Währungsbund hätte auf allen Seiten hohe Kosten zur Folge und ist somit nach wie vor mit allen Mitteln zu vermeiden. Fabrizio Zilibotti, Kjetil Storesletten und Andreas Müller schrieben kürzlich in der NZZ (27. 5. 15), dass aufgrund der «modernen ökonomischen Theorie» eine Verhandlungslösung (immer) essenziell sei. Eine unnachgiebige Haltung, die zu einem Bankrott oder Ausscheiden der Griechen aus dem Währungsraum führte, hätte grosse Wohlfahrtsverluste zur Folge. Für andere ist das Gegenteil klar: Nur eine harte Haltung impliziert, dass andere Mitglieder der Euro-Zone in Zukunft nicht der Verlockung erliegen, über ihre Verhältnisse zu leben wie die Griechen. Hans Werner Sinn wurde kürzlich in der NZZ (16. 6. 15) zitiert, dass Griechenland lieber heute als morgen aus der Währungsunion austreten solle – nur so könne das Land, wie historische Erfahrungen zeigten, mittelfristig wieder einen Aufschwung erleben.

Weitere Euro-Krisen absehbar

Ob für oder gegen einen Austritt, die vorgebrachten Argumente sind – eigentlich seit Jahren – immer dieselben. Die Gegner befürchten wirtschaftliche Verwerfungen in der Euro-Zone und eine Ansteckung weiterer hochverschuldeter Mit-

glieder. Die Befürworter sehen in einer eigenständigen Geldpolitik Griechenlands eine Chance zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit und das Ende der ständigen Notfallkredite. Beiden Argumenten ist aus ökonomischer Sicht Positives abzugewinnen. Sollte es gelingen, durch neues Geld ohne grössere Friktionen aus dem Problem herauszuwachsen, wäre dies natürlich schön. Aber auch für das Vertreten einer harten Haltung gibt es gute Gründe.

Das Problem ist nur, dass diese Diskussion viel zu kurz greift. Wichtiger als die Überlegungen, ob ein Grexit stattfinden soll oder nicht, ist die Grundratsfrage, ob die Währungsunion in der bestehenden Form überhaupt überleben kann. Hier scheint es, dass Ökonomen sich – seien es nun Anhänger einer «alten» oder «neuen» Theorie – ziemlich einig sind. Die Antwort ist nämlich ein klares Nein; und das war es auch schon vor dem ersten Liebling der Politik mit dem Euro. Wie wir wissen, ist die EWU sehr weit weg von einem optimalen Währungsraum (Stichworte: tiefe Mobilität der Arbeitskräfte, inflexible Lohn- und Güterpreise, unterschiedliche Konjunktur).

Dies bedeutet, dass immer wieder mit ähnlichen Problemen zu rechnen ist, unabhängig vom Ausgang der griechischen Krise. Die Politik wird immer wieder stillstehen, für Wochen und Monate blockiert sein und von wichtigeren Dingen abgelenkt werden. Der Aufwand, um eine Lösung zu finden, und die Unsicherheit, die durch diesen Prozess ausgelöst wird, werden auch dann wieder enorme Ressourcen verschlingen. Man wird immer

wieder versuchen, den einzelnen Staaten im Detail vorzuschreiben, was zu tun ist, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die Wirtschaft zu reformieren. Die Adressaten werden bei grossem Unmut ihrer Bevölkerung kein Verständnis für diese Einmischung haben, während die Bevölkerung in den Gläubigerländern kaum Verständnis für die Überschuldeten aufbringen wird. Auch für das übrige Europa – man denke an die Schweiz – sind die Kosten der EWU sehr gross.

Wie wird man den Euro wieder los?

Wichtig wäre also, dass die EU aus dem Debakel der Währungsunion lernt, das viel tiefer reicht und weit über das relativ kleine, aktuelle Problem mit Griechenland hinausgeht. In Brüssel wird man, wenn die Zeit wieder etwas ruhiger geworden ist, zwar über marginale Verbesserungen der Rahmenbedingungen für eine Währungsunion sprechen und so die politische Integration vorantreiben, was neue Probleme mit sich bringt. Eigentlich müsste man aber ein Tabu über Bord werfen und den Tatsachen ins Auge schauen. Letztlich bestätigt Griechenland nämlich nur das, was wir schon lange wissen. Die Frage, die niemand hören will, lautet: Wie schafft man die EWU wieder ab?

Aus dieser Optik betrachtet, wäre der Grexit ein möglicher erster Schritt in Richtung Auflösung der Währungsunion. Der US-Ökonom Paul Krugman klingt zynisch, wenn er schreibt, dass «das reale Risiko für den Euro» darin bestehe, dass sich Grie-

chenland ein oder zwei Jahre nach dem Austritt wirtschaftlich erhole und das griechische Beispiel in der Folge Schule machen würde. Daraus abzuleiten, dass man Griechenland deshalb heute besser mit allen Mitteln in der Währungsunion behält, erachten wir als problematisch. Wenn man der Meinung ist, dass die Währungsunion das Entwicklungspotenzial von Ländern wie Griechenland beschränkt, müsste man den Grexit und die längerfristige Auflösung beziehungsweise Redimensionierung der EWU unterstützen.

Nimmt man die hier gestellte unbequeme Frage ernst, gibt es auch noch andere Optionen. Einige Gründe sprechen dafür, dass der Austritt eines starken Landes wie Deutschlands glimpflicher ablaufen würde als derjenige Griechenlands. Schliesslich gibt es, zumindest theoretisch, neben dem sequenziellen Austritt einzelner Länder auch die Möglichkeit der Abschaffung der EWU über einen Konsens-Entscheid. Die grosse Frage ist, wie man die Währungsunion so abschafft, dass dies mit möglichst geringen Kosten verbunden ist. Während wir Ökonomen uns mit dieser Frage eingehend beschäftigen sollten, wäre es an der Zeit, dass die Politik die Augen öffnet und den verbreiteten Spruch «Kein Europa ohne Euro» ad acta legt. Wenn der Euro sowohl der EU wie auch Europa einen Bärendienst erweist, muss darüber nachgedacht werden, wie er abzuschaffen ist.

Lukas Hohl ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Rolf Weder ist Professor im Bereich Aussenwirtschaft und Europäische Integration an der Universität Basel.